

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 9 (01/85) Frauendenken (1985), S. 114-126

Autorin: *Dagmar Fries*

Artikel

Dagmar Fries

Frauenarbeit in der Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften können sich nicht losgelöst von den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen entwickeln; sie sind mitten hineingestellt in diese Verhältnisse und diese prägen auch ihr Verhalten. Dies gilt auch für gewerkschaftliche Frauenarbeit.

(Gisela Kessler auf der 6. Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier, März 1977)

In meinem Beitrag versuche ich darzustellen, inwieweit die politischen Verhältnisse der letzten 15 Jahre die gewerkschaftliche Frauenarbeit geprägt haben. Wichtig ist mir dabei, den Einfluß der autonomen Frauenbewegung¹

¹ Die Begriffe „gewerkschaftliche“ und „autonome“ Frauenbewegung decken sicher nicht das ganze Spektrum der Frauenbewegung ab und sind zudem stark vereinfachend. „Gewerkschaftliche“ Frauenbewegung läßt sich leichter definieren; ich meine damit die Gesamtheit der lohnabhängigen erwerbstätigen Frauen einschließlich derer, die als Erwerbstätige Arbeit suchen und in den DGB-Gewerkschaften organisiert sind. Unter „autonomer“ Frauenbewegung verstehe ich diejenigen Gruppen und Organisationen, die sich unabhängig von Gewerkschaften und Partelen zusammengeschlossen haben. Mir ist klar, daß diese Definition stark vereinfachend ist und auch nicht die verschiedenen Flügel in dieser Bewegung berücksichtigt.

zu benennen und deutlich zu machen, an welchen Punkten sich gemeinsame Handlungsmöglichkeiten ergeben.

Die Darstellung ist geprägt von persönlichen Erfahrungen in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), einer Gewerkschaft mit 56 % Frauenanteil, und in DGB-Frauenausschüssen auf Orts- und Landesebene.

Politisch-ökonomische Bedingungen

a) Die Phase des Aufschwungs

Aus der Geschichte wissen wir, daß Frauenbewegungen stets im Zusammenhang mit Revolutionen, emanzipatorischen Widerstandsbewegungen und in Phasen demokratischen Aufschwungs entstanden sind. Ausgehend von der Studentenbewegung und der Reformphase der sozialliberalen Koalition Anfang der 70er Jahre .hat die Frauenbewegung insgesamt Auftrieb bekommen: ihr autonomer Teil (Frauen aus der Studentenbewegung mit entsprechend hohem Bildungsniveau) ebenso wie Frauen in Gewerkschaften und Parteien bzw. parteiähnlichen Organisationen, die die Sache der Arbeiterbewegung zur Programmatik erhoben hatten.

Die Frauenerwerbsarbeit hatte sich zusammen mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung seit Beginn der 60er Jahre stark ausgeweitet.² Dadurch hat sich auch die Einstellung der Frauen zu ihrer Arbeit und Qualifikation geändert. Bis in die 60er Jahre hinein wurde von der Mehrzahl der Frauen Frauenerwerbsarbeit noch als Übergangslösung verstanden; die Schwerpunkte eines Frauenlebens lagen in den Bereichen Familie, Haushalt und Kindererziehung. Seither hat sich der Anspruch, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, erheblich verstärkt; immer mehr Frauen wollen

² 1950 waren 29 % aller Frauen abhängig beschäftigt, 1980 waren es 37 %. Die Frauenerwerbsquote (= drückt in Prozenten aus, wieviele Frauen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren tatsächlich erwerbstätig sind oder als Erwerbstätige Arbeit suchen) betrug 1980 52,9 %. (WSI-Mitteilung 1/1984)

und müssen heute berufstätig sein.³ Die von der gewerkschaftlichen Frauenbewegung hartnäckig vertretene Auffassung, daß zwischen Berufstätigkeit und Emanzipation ein sehr enger Zusammenhang besteht, hat sich allmählich in den Köpfen der Frauen, gerade der jüngeren, durchsetzen können.⁴

Diese ökonomischen und politischen Voraussetzungen (Studentenbewegung, Anfänge der sozialliberalen Koalition, Ausweitung der Frauenerwerbsarbeit) haben der Frauenbewegung neuen Auftrieb gegeben. Die autonome Frauenbewegung hatte durch phantasievolle, teils spektakuläre Aktionen eine breite Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht; in der Auf und Umbruchphase entstanden eine Reihe frauenbezogener Projekte (Frauenhäuser, Selbsthilfegruppen usw.), die das Selbstbewußtsein der Frauen und ihr „Eindringen“ in die öffentliche Diskussion förderten.

Die gewerkschaftliche Frauenbewegung - eher an vergleichsweise „stille“ und kontinuierliche Kleinarbeit innerhalb bestehender Strukturen gewöhnt - hat zweifellos von der „lautstarken“ bürgerlichen Frauenbewegung profitiert. In den Gewerkschaften entstanden - begünstigt durch die „frauenfreundliche“ Gesamtstimmung - neue Frauenausschüsse; alte, bereits bestehende, wurden aktiviert. Insbesondere die jüngeren Frauen entdeckten hier ein für sie oft noch neues Betätigungsfeld. In vielen Fällen fand gleichzeitig ein Generationenwechsel in den Frauenausschüssen statt.

b) Krisenbedingungen

Bis über die Mitte der siebziger Jahre hinaus war die gewerkschaftliche Frauenarbeit, wie die Gewerkschaftsarbeit generell, unter die günstigen wirtschaftlichen Bedingungen der Hochkonjunktur, auch während der Kriseneinbrüche 74/75, gestellt. Eine ganze Reihe von sozialpolitischen Fort-

³ 1960 waren 32 % aller verheirateten Frauen erwerbstätig, 1979 waren es bereits 40 %. Die Erwerbsquote von Frauen mit Kindern stieg von 32 % im Jahre 1957 auf 43 % im Jahre 1978. Dieser Trend hält an. (WSI-Mitteilungen 4/1981)

⁴ Die Studie „Mädchen 82“ des Deutschen Jugendinstituts im Auftrag von „Brigitte“ belegt: 52 % der 15 19 jährigen sehen den Beruf als Voraussetzung dafür an, auf eigenen Füßen zu stehen. Ausbildung und Beruf werden vor Ehe und Mutterschaft gestellt (nach: Materialien der Frauenkonferenz des IMSF vom November 1983)

Dagmar Fries

schritten war in der Bundesrepublik erzielt worden; es gab zumindest Ansätze, Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Als Beispiele seien hier einige Gesetzesänderungen genannt: Reform des Ehe- und Scheidungsrechts, die Mutterschaftsurlaubsregelung, die Reform des § 218 (allerdings durch das reaktionäre Urteil des Bundesverfassungsgerichts stark eingeschränkt).

Mit dem Einsetzen der krisenhaften Entwicklung Ende der siebziger Jahre, der Verknappung öffentlicher Haushaltsmittel und der steigenden Erwerbslosigkeit, zeigte es sich, wie ernst es den etablierten Parteien mit den Verbesserungen zu Gunsten der Frauen gewesen war.

Die Fortschritte waren allesamt in die Zeiten des Wachstums gefallen; die Sozialpolitik hätte nichts an den Grundstrukturen geändert, die Mächtigen nicht belastet, sondern lediglich die sozial Schwachen an den Reichtumszuwächsen teilhaben lassen.

Nun aber ging es nicht mehr um die Verteilung von Zuwächsen, sondern um die Verwaltung des Mangels. In der Krise also mußte sich zeigen, was alles ernst gemeint war oder nur deklamatorischen Charakter hatte.

Der massiv einsetzende Sozialabbau, der besonders zu Lasten der Frauen ging, aber auch andere sozial schwache Gruppen (Jugendliche, Ausländer, Kranke und Behinderte) besonders hart traf, ließ keinen Zweifel mehr, wie es gemeint war. Die Ziele, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit werden nur verfolgt, wenn sie nahezu kostenlos zu haben sind, also in Zeiten des Wirtschaftswachstums.

1982, im Jahr des Regierungswechsels, hatte sich die neue Linie auch bei den Wahlen durchgesetzt. Die Diskriminierungspolitik der Bundesregierung gegenüber Frauen wurde durch eine ganze Reihe von Gesetzesvorhaben untermauert: Gesetzesentwürfe zum Arbeitsrecht, zur Arbeitszeitordnung, zu Frauenschutzbestimmungen, zur Teilzeitarbeit und zur Arbeitszeitflexibilisierung wurden auf den Weg gebracht der massive Versuch der Krisenbewältigung auf dem Rücken der Frauen!

Über einen gewissen Zeitraum, in etwa gleichzusetzen mit der Endphase der sozialliberalen Koalition, machte sich eine zeitweise Lähmung in den Gewerkschaften bemerkbar. Die Erkenntnis, daß soziale Fortschritte und die geringen Ansätze zur Gleichstellung der Frauen nicht echtes Bemühen um Chancengleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft waren, sondern nur der Befriedung eines Konfliktpotentials dienten, hat die gewerkschaftliche Frauenbewegung, besonders die sozialpartnerschaftlich orientierten Frauen, zutiefst getroffen. Doch allmählich zeigte sich auch, daß die Gewerkschaftsfrauen die Zeit der Aufschwungphase für sich genutzt hatten. Man konnte und kann auf gut funktionierende Frauenausschüsse zurückgreifen, mit neuer Kraft und neuem Selbstbewußtsein in die Auseinandersetzung gehen.

Zum Selbstverständnis gewerkschaftlicher Frauenarbeit

Die Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft HBV im Frühsommer 1984 spiegelte in ihrem Motto die Ansprüche, aber auch das Bewußtsein der Gewerkschaftlerinnen wider: „Wir wollen menschenwürdig leben“. Auf dieser Konferenz haben die Kolleginnen unmißverständlich deutlich gemacht, was sie sich unter einem menschenwürdigen Leben vorstellen: Ein Leben ohne Angst um den Arbeitsplatz; ein Leben, in dem es weder Unterdrückte noch Unterdrücker gibt; ein Leben in sozialer Sicherheit, ohne Angst vor dem nächsten Tag; ein Leben, in dem Mann und Frau gleichberechtigt arbeiten und partnerschaftlich miteinander umgehen; ein Leben, das uns Frauen ermöglicht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, uns nicht einseitig die Rolle der Hausfrau und Mutter aufdrängt; ein Leben, das eine Zukunft birgt für uns und unsere Kinder; ein Leben ohne Ausbeutung, Krieg und Not. In diesen Aussagen wird das ganze Spektrum gewerkschaftlicher Frauenarbeit deutlich.

Gewerkschaftsfrauen gehen davon aus, daß die Benachteiligung der Frauen keine Geschlechterfrage ist, sondern eine Klassenfrage. Tatsache ist, daß dieses Gesellschaftssystem von der Aufspaltung der Arbeiterbewegung in Männer und Frauen und der nochmals besonderen Unterdrückung der Frauen profitiert. Tatsache ist ebenso, daß die Frauenunterdrückung auch

Dagmar Fries

in den Reihen der Arbeiterbewegung Tradition hat. Diese doppelte Unterdrückung der Frau als Geschlechtswesen und als Lohnabhängige ist menschenunwürdig, im „privaten“ wie im gesellschaftlichen Bereich.

Wenn aber die geschlechtsspezifische Unterdrückung Teil der allgemeinen Unterdrückung ist, so ist eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Grundbedingung für eine Befreiung der Frau sowohl aus den Zwängen ihrer Klassenlage als auch aus ihrer geschlechtsspezifischen Benachteiligung. Wir wollen das Übel an der Wurzel packen und nicht gleichberechtigt am System der Ungleichheit beteiligt werden! Die Reduzierung der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung auf einen Kampf zwischen Mann und Frau, also auf die Geschlechterfrage, verkennt die gesellschaftlichen Bedingungen für Unterdrückung. Unser Aufgabengebiet ist der gesamte weibliche Lebenszusammenhang, wie ihn die Kolleginnen der HBV auf ihrer Bundesfrauenkonferenz umrissen haben.

Die Frauenfrage ist Bestandteil der sozialen Frage und muß aufgrund der besonderen politischen und ökonomischen Rolle der Frau speziell behandelt werden, hatte August Bebel schon vor hundert Jahren gesagt. Ohne die soziale Frage kann die Frauenfrage nicht gelöst werden. Weitergedacht heißt das natürlich, daß die soziale Frage auch nicht ohne die Frauenfrage gelöst werden kann. Die Gewerkschaftsbewegung braucht also die Frauen und umgekehrt; das sind zwei notwendige Seiten ein und derselben Medaille.

Zur Zusammenarbeit mit den Männern in der Gewerkschaft

August Bebel's These war zwar in den Gewerkschaften grundsätzlich unumstritten; von der gedanklichen Akzeptanz zur gewerkschaftlichen Praxis, also zur Förderung spezieller Frauenarbeit innerhalb der Gewerkschaften, war man jedoch bis zum Beginn der 70er Jahre noch weit entfernt. Frauenaktivitäten in Gruppen oder Ausschüssen hatten oft Alibicharakter.

Das änderte sich rasch durch die eingangs aufgeführten günstigeren Bedingungen. Die berufstätigen Frauen hatten sich politisch und gewerkschaftlich

aktiviert. Steigende Mitgliederzahlen, mehr weibliche Betriebsratsmitglieder, Beteiligung der Frauen an den Arbeitskämpfen, betriebliche Aktionen um gleichen Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, Demonstrationen für das Recht auf Arbeit und gegen soziale Demontage, für Frieden und nicht zuletzt die Tatsache, daß es gelungen ist, den 8. März, den Internationalen Frauentag, gegen Widerstände in den eigenen Reihen als Frauenaktionstag auch innerhalb der Gewerkschaften durchzusetzen all das sind Stationen der gewerkschaftlichen Frauenarbeit, sind Beweise für das größere Selbstbewußtsein der Gewerkschafterinnen und auch Belege für ihre Hartnäckigkeit, wenn es darum geht, im schwerfälligen, männerdominierten Gewerkschaftsapparat etwas durchzusetzen.

Die allgemeine politische Entwicklung spiegelte sich mit geringen zeitlichen Verschiebungen innerhalb der Gewerkschaften und in der Zusammenarbeit mit den Männern wider. In der Aufschwungphase wurde in aller Regel gewerkschaftliche Frauenarbeit von den verantwortlichen Funktionären unterstützt: Neue Frauengruppen und -ausschüsse wurden gebildet, bestehende wurden reaktiviert, ganz allgemein wurde die Organisierung weiblicher Mitglieder durch spezielle Frauenaktionen vorangetrieben. Frauen wurden ermutigt, bei den Betriebsratswahlen zu kandidieren (mit Erfolg!); man bemühte sich, sie in den gewerkschaftlichen Gremien stärker zu berücksichtigen. Für die gewerkschaftliche Frauenarbeit gab es relativ große Toleranzspielräume, auch von Seiten derjenigen Kollegen, denen Frauenarbeit nicht besonders am Herzen lag. Und Frauenförderung war sozusagen „in“, das allgemeine Klima dafür günstig, - und es kostete auch nichts.

Unter Krisenbedingungen zeigt sich jetzt, daß die Toleranzspielräume wesentlich geringer geworden sind. Widerstände werden spürbar, bei den Kollegen im Betrieb ebenso wie bei den Vertretern innerhalb der gewerkschaftlichen Hierarchie. Sicher ist die Konkurrenzsituation um den Arbeitsplatz ein Grund mit dafür, aber auch die in vielen Fällen noch vorhandene Einschätzung, Sozialabbau und Krisenbewältigung zu Lasten der Frauen seien nicht ganz so ernst zu nehmen. Jetzt zeigt es sich tatsächlich, wer von den männlichen Kollegen uns unterstützt, wer bereit ist. Frauenforderungen innerhalb der Gewerkschaften mitzutragen. Jetzt wird deutlich, für wen die Frauenfrage nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis vorhanden

Dagmar Fries

ist, und wer bereit ist, unter erschwerten Bedingungen danach zu handeln. Sie sind unsere Bündnispartner in der Gewerkschaftsbewegung, und wir brauchen sie. Diese Kollegen werden wir in die Pflicht nehmen und es sind doch schon einige, für die das eine Selbstverständlichkeit ist. Es müssen aber noch mehr werden!

Ganz deutlich zeigt sich, daß sich Gewerkschaftsfrauen nicht mehr so leicht von Positionen, die sie einmal erobert haben, verdrängen lassen. Und sicher ist auch, daß etliche männliche Kollegen mit diesem Selbstbewußtsein der Frauen ihre Schwierigkeiten haben. Auch der innergewerkschaftliche Bereich trägt den Stempel gesellschaftlicher Verhältnisse; gerade die persönlichen Verhaltensweisen zu ändern, ist besonders langwierig und schwierig.

Die „neuen“ Frauen in der Gewerkschaftsbewegung

Natürlich gab es vor 1970 Frauenarbeit innerhalb der Gewerkschaften, gab es in den verschiedenen Stufen der gewerkschaftlichen Hierarchie Frauenvertreterinnen, deren Verdienste keineswegs geschmälert werden sollen. Jedoch hatte Frauenarbeit insgesamt eher den Charakter einer „Stabsstelle“, angesiedelt meist bei den Bundesgremien, in erster Linie befaßt mit Stellungnahmen aus Frauensicht zu aktuellen politischen Fragen, und das war sicher der Schwerpunkt - Entwürfen für gesetzliche Regelungen, die Frauen direkt oder indirekt betrafen. Einige dieser Entwürfe sind auch bei den Reformvorhaben zu Beginn der sozialliberalen Koalition berücksichtigt worden. Eine basisbezogene Arbeit mit den Frauen direkt an ihrem Arbeitsplatz, in den Büros und Fabriken, fand jedoch nur selten statt. In den Gremien der einzelnen Gewerkschaften auf Orts-, Landes und Bundesebene waren nur wenige Frauen vertreten.

Die damals typische Frauenfunktionärin war isoliert; im besten Falle eine sich aufreibende Einzelkämpferin, im schlechtesten Falle eine „Alibifrau“. In der Regel fehlte der Rückhalt durch einen funktionierenden Unterbau wie Betriebsgruppen, Frauengruppen und Frauenausschüsse. Diese Frauen wurden von ihren männlichen Kollegen oft erschreckend wenig ernst ge-

nommen; zudem waren sie abhängig von ihnen und den männerbestimmten Auseinandersetzungen in den Gremien.

Heute ist der Frauenanteil in den gewerkschaftlichen Gremien, in der betrieblichen Interessenvertretung und auf Kongressen insgesamt gewachsen. Wenn Frauen, selbst als Einzelne, in gewerkschaftlichen Gremien auftreten, dann doch mit einem anderen Selbstverständnis. Das Bewußtsein, nicht isolierte Einzelfrau, sondern Vertreterin einer Gruppe zu sein, zu wissen, daß engagierte und mutige Frauen hinter ihr stehen, schafft Selbstvertrauen und gibt Sicherheit. Die typische „Alibifrau“ hat ausgedient, ist nur mehr selten zu finden. Gewerkschafterinnen haben ein neues, stärkeres Selbstbewußtsein als Vertreterinnen einer starken Gruppe gefunden. „Alibifrauen“ können wir uns auch gar nicht mehr leisten; wir sind inzwischen so selbstbewußt, daß wir selbst einen Mann unterstützen können, falls er die bessere Alternative ist.

Gewerkschafterinnen wird von der autonomen Frauenbewegung oft unterstellt, sie hätten zur weiblichen Persönlichkeitsentwicklung nicht viel zu sagen. Sie würden sich als mehr oder weniger bedauerte Einzelkämpferinnen in einem männerdominierten Apparat verschleifen; ja, schlimmer noch, sich in den Männerorganisationen schließlich den männlichen Verhaltensweisen unterordnen, sich diese zu eigen machen und letztendlich versuchen, die „besseren Männer“ zu sein. Der Vorwurf lautet, die Herangehens- und Arbeitsweise der Gewerkschaftsfrauen sei keine spezifisch weibliche; für Fragen der Persönlichkeitsentwicklung sei die autonome Frauenbewegung zuständig. Gewerkschaftliche Frauenarbeit würde sich auf ökonomische Auseinandersetzungen beschränken, nur der berufliche Aspekt eines Frauenerlebens Beachtung finden, Kreativität und Phantasie seien nicht gefragt.

Richtig ist, daß über einen langen Zeitraum hinweg, vor allem in Phasen wirtschaftlicher Hochkonjunktur, von den Gewerkschaften insgesamt ihre eigene Rolle in erster Linie unter ökonomischen Gesichtspunkten aufgefaßt wurde. In den Tarifrunden ging es im Schwerpunkt um die Verteilung wirtschaftlicher Zuwächse; die Stimmen innerhalb der Gewerkschaften, die vor dieser „Tarifmaschine“ warnten, wurden meist überhört. Die sozialpartner-schaftliche Grundeinstellung war die Regel.

Das hat sich jedoch geändert: Herausgefordert durch immer geringere Verteilungsräume und massiven Sozialabbau, durch immer stärkere Rationalisierung, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, und durch eine sich kontinuierlich fortsetzende Rechtsentwicklung begann eine langsame Umorientierung innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Der Prozeß ist längst nicht abgeschlossen; zudem sind hier die Voraussetzungen und Möglichkeiten innerhalb der einzelnen DGB-Gewerkschaften sehr unterschiedlich, wie in der Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit deutlich wurde.

Zu dieser neuen Orientierung hin auf die gesamten Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung haben gerade die Gewerkschaftsfrauen eine ganze Menge beigetragen. Der Komplex der „Teilzeitarbeit“ war von den Gewerkschafterinnen insbesondere in der HBV bereits zu einem Zeitpunkt problematisiert worden, als allgemein noch die Meinung vorherrschte, dies wäre eine Möglichkeit für Frauen, Familie und Beruf zu koordinieren. Es war ein mühevoller und langer Weg, den männlichen Kollegen klarzumachen, welche Unternehmerstrategie dahintersteckte; daß es hier keineswegs um eine „frauenfreundliche“ Maßnahme ging, sondern schlicht und einfach darum, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bei gleichzeitiger Leistungssteigerung und größtmöglicher Flexibilität durchzusetzen.

Wegen ihrer eklatanten Benachteiligung in Betrieb und Gesellschaft haben Gewerkschafterinnen als erste und am stärksten die sich ändernden politischen und ökonomischen Bedingungen zu spüren bekommen. Und sie haben sich, auch innerhalb der Gewerkschaften, lautstark bemerkbar gemacht; auf den üblichen Wegen, als Funktionsträgerinnen in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien, aber auch mit anderen Mitteln: der Kulturarbeit (Lieder, Texte und Szenen wurden erstellt bzw. wieder ausgegraben), phantasievollen Aktionen vor bzw. in Betrieben oder Stadtteilen, die die traditionellen Formen der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung ergänzten.

Ansätze zum gemeinsamen Handeln

Unbestritten scheint mir, daß die autonome wie die gewerkschaftliche Frauenbewegung voneinander profitiert haben. Die autonome Frauenbewegung hat wie eingangs ausgeführt in Zeiten eines liberaleren politischen Klimas durch kreative, spontane Einzelaktionen Öffentlichkeit geschaffen. Diese Öffentlichkeit konnten sich die Gewerkschaftsfrauen, erfahren (und oft gestreßt) in mühevoller, zäher Kleinarbeit in Betrieben und Gremien, zunutze machen und ihrerseits mit oft schon jahrealten Forderungen und Beschlüssen an die Öffentlichkeit gehen, Aufmerksamkeit erregen und Gehör finden.

Die unterschiedlichen Aktionsformen der Frauenbewegung können sich ergänzen: spektakuläre Aktionen, wie zum § 218, erregen kurzfristig Aufmerksamkeit in der Presse; gleichzeitig gefaßte Konferenzbeschlüsse einzelner Gewerkschaften auf Bundesebene, die in diesem Klima dann leichter „durchzubringen“ sind, bewirken eine nachhaltige Beschäftigung offizieller politischer Meinungsträger.

Unbestritten haben die Vorstöße einzelner Frauengruppen und die Beschäftigung zahlreicher Initiativen um eine Humanisierung der Entbindungsstationen in Kliniken, die Beschäftigung mit Mutterschaft und dem weiblichen Körper ganz allgemein, viel in den Köpfen der Verantwortlichen beispielsweise im Gesundheitsbereich bewirkt; - unbestritten ist aber auch, daß die Forderungen nach Mutterschutz und Erziehungszeiten für Eltern ebenso wichtig sind wie die Forderung nach humaner Geburt. - Die Differenzen beginnen dort, wo Teile der autonomen Frauenbewegung sich die Blüm 'sehe Mutterschaftsideologie zu eigen machen und damit - gewollt oder ungewollt - die Zurückverweisung der Frauen in den häuslichen Bereich begünstigen.

Die objektiven Möglichkeiten zum gemeinsamen Handeln innerhalb der Frauenbewegung und anderen sozialen Bewegungen sind gewachsen. Es gibt eine gemeinsame Betroffenheit in Fragen der Hochrüstung und des Sozialabbaus, der Zerstörung der Umwelt und der alltäglichen Diskriminierung bis hin zur versteckten und offenen Gewalt gegen Frauen.

Diese gemeinsame Betroffenheit macht gemeinsames Handeln erst möglich, ja fordert es geradezu heraus. In zahllosen kleineren und großen Akti-

onen haben Frauen dafür den Beweis angetreten; die Entschlossenheit, sich zu wehren, ist größer geworden.

Gleichzeitig ist m. E. ein engeres Zusammenrücken - oder besser: ein Abbau von Berührungängsten - der unterschiedlichen Frauenbewegungen zu erkennen; wohl Ausdruck der insgesamt erschwerten Bedingungen für Frauenarbeit in der Krise und erst recht unter der konservativen Regierung. Es geht nicht mehr nur um die Durchsetzung von Forderungen; es geht auch schlicht um den Erhalt des Status quo. Und dies erfordert das Zusammengehen und Zusammenstehen zumindest in den Punkten, in denen eine gemeinsame Betroffenheit da ist, erfordert Bündnisse und ein gemeinsames Handeln.

Die Aktionen gegen den § 218 sind Beispiele dafür; ebenso der Kampf gegen Sozialabbau in vielen Bereichen (z.B. Kindertagesstätten), die Beteiligung an der Friedensbewegung, die Aktivitäten gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, gemeinsame Aktionen gegen Rechts. In vielen kommunalen Bereichen haben die verschiedenen Frauenorganisationen zusammengearbeitet und werden dies auch weiterhin tun: Für den Erhalt bzw. den Ausbau von Frauenhäusern, für die Schaffung von Gleichstellungsstellen, in örtlichen Friedensaktionen und aktuellen Umweltfragen.

Autonome und gewerkschaftliche Frauenbewegung haben den Blick geschärft für die vielen speziellen Diskriminierungen, denen Frauen ausgesetzt sind. Immer mehr Frauen haben heute ein geschärftes Unrechtsbewußtsein und sie haben auch gewachsene Ansprüche.

Sicher gibt es eine Fülle von Konzepten politischen Handelns in der Frauenbewegung, die Ausdrucksformen sind vielfältig. Doch gemeinsam ist das Bedürfnis, die eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, hier und jetzt, und sich nicht verträsten zu lassen auf später, - je nach theoretischer Ausgangslage - auf einen fernen Sozialismus oder das Ende der Männerherrschaft.

In den Auseinandersetzungen sind sich autonome und gewerkschaftliche Frauenbewegung näher gekommen, sind Erfolge erzielt worden, sei es im Kampf gegen Lohnungleichheit oder fremdbestimmte Sexualität. Der massive Druck der Bundesregierung, die Versuche, Krisenbewältigung auf Kos-

Frauenarbeit in der Gewerkschaftsbewegung

ten der Frauen zu betreiben, erfordert gemeinsame Solidarität. Nur so besteht die Chance, bereits Erreichtes zu erhalten und bessere Bedingungen zu erreichen Schritte auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der wir menschenwürdig leben können.